

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE
Presse

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 212 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Donnerstag, 12. September 1968

Einzelpreis 30 Pf

Johnson warnt Sowjets

Anwendung und Androhung von Gewalt wird nicht geduldet
Appell des US-Präsidenten an die Führer im Moskauer Krenl

WASHINGTON (upi). Der amerikanische Präsident Lyndon Johnson hat die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei als einen Rückschlag für den Frieden bezeichnet und der Sowjetunion zu erkennen gegeben, „daß die Anwendung von Gewalt und die Androhung mit Gewaltanwendung in den unter gemeinsamer Verantwortung stehenden Gebieten — wie Berlin — nicht geduldet werden wird.“

Bei einer Rede vor der Dreihundertjahrfeier der religiösen jüdischen Gemeinschaft B'nai B'erith sagte Johnson in Washington: „Durch aggressive Handlungen sind neue militärische und politische Risiken aufgetaucht, die eine noch engere Zusammenarbeit der westlichen Verbündeten erforderlich machen. Wir hoffen, und wir werden uns bemühen, daß dieser Rückschlag nur ein zeitlich begrenzter sein wird.“

Der Präsident erklärte, durch die sowjetische Maßnahme seien seine Bemühungen um eine Entspannung in Europa im Moment zurückgeworfen worden. Er appellierte an die Sowjetführer, sie sollten einsehen, daß „es nie zu spät ist, den Weg der Vernunft zu wählen, bevor die neue Wendung die Welt zu der grimmigen



US-PRÄSIDENT Lyndon Johnson

Konfrontation 'er Zeit Stalins zurückversetzt.“

Auf die Situation im Nahen Osten eingehend, forderte Johnson Israel und die Araberstaaten zu Friedensverhandlungen auf. Beide Seiten sollten klare, unverschlüsselte öffentliche Versicherungen abgeben, daß sie bereit sind, das Recht jedes ihrer Nachbarn auf ein eigenes nationales Leben anzuerkennen. Israel und seine arabischen Nachbarn sollten sich auch, so fuhr der Präsident fort, zu einer gemeinsamen Hilfsaktion für die arabischen Palästina-Flüchtlinge zusammenfinden.

Die USA hätten nie die Absicht gehabt, durch die Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte in diesem Teil der Erde einen Anreiz zum Krieg zu schaffen, erklärte Johnson zu früheren amerikanischen Waffenlieferungen für Israel. Unter Hinweis auf die sowjetischen Waffenlieferungen für die Araberländer sagte der Präsident, er hoffe, daß die jetzige amerikanische Zurückhaltung „durch andere weftgemacht“ werde, obwohl sich seit dem israelisch-arabischen Krieg wenig Anzeichen hierfür gezeigt hätten.

Weitere Rentenanpassung

Kabinetts beschloß Erhöhung ab 1. Januar — Mehraufwendungen werden künftig von den Rentenversicherungsträgern geleistet

BONN (dpa). Insgesamt 9,4 Millionen Renten werden in der Bundesrepublik vom 1. Januar 1969 an erhöht werden. Das Bundeskabinett hat gestern zusammen mit dem Sozialbericht 1968 das elfte Rentenanpassungsgesetz verabschiedet, durch das die Bestandsrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und der Unfallversicherung der Entwicklung der Arbeitsinkommen angepaßt werden.

Entsprechend den Empfehlungen des Sozialbeirats beschloß das Kabinett eine Erhöhung der 8,5 Millionen Sozialrenten um 8,3 Prozent und der rund 900 000 Unfallrenten um 3,3 Prozent. Das Kabinett folgte dagegen nicht der Empfehlung des Sozialbeirats, die Beitragssätze der Rentenversicherungen auf 16,5 Prozent festzulegen. Die Beiträge werden entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung vom 1. Januar 1969 an von bisher 15 auf 16 Prozent erhöht.

Die unterschiedlichen Anpassungs-

sätze für die Renten der Renten- und der Unfallversicherung ergeben sich nach Mitteilung des Bundesarbeitsministeriums aus den unterschiedlichen Bezugsgrößen, nach denen die Anpassung vorgenommen wird. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung richtet sich die Bemessung

Mit 95 Menschen ins Mittelmeer gestürzt

NIZZA (upi). Sämtliche 95 Insassen eines zweistrahligen französischen Düsenverkehrsflugzeugs haben gestern den Tod gefunden, als die Maschine auf dem Flug von Korsika nach Nizza kurz vor dem mondänen Rivieraort brennend ins Mittelmeer stürzte. Unglück ist noch die Ursache des Unglücks und der Verlauf. Kurz bevor die Funkverbindung mit der Maschine abbrach hatte der Pilot gemeldet, daß ein Brand ausgebrochen sei. Er machte jedoch keine näheren Angaben, Ausführung Bereich im Innenteil.

sungsgrundlage nach der Lohnentwicklung in den Jahren 1964 bis 1966. Bei der Unfallversicherung liegt der Anstieg der durchschnittlichen Bruttolohn- und Gehaltssumme von 1966 auf 1967 zugrunde.

Bei den Knappschaftsruhegeldern und den Knappschaftsrenten wegen Erwerbsunfähigkeit ergibt sich nach dem Anpassungsgesetz eine Erhöhung von vier Prozent und bei Knappschaftsrenten wegen Berufsunfähigkeit eine Erhöhung um 6,1 Prozent. Sie resultiert daraus, daß zugleich mit der Anpassung eine neue Berechnung der Renten aufgrund der Steigerungssätze, die durch das Finanzänderungsgesetz 1967 eingeführt wurden, vorgenommen wird.

Die Mehraufwendungen aufgrund des elften Rentenanpassungsgesetzes belaufen sich nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums für 1969 auf 2,431 Milliarden Mark. Die Kosten gehen im wesentlichen zu Lasten der Träger der Rentenversicherung und der Unfallversicherung. Vom Bund sind lediglich Mehraufwendungen von rund 150 Millionen Mark zu tragen, die sich vor allem für die knappschaftliche Rentenversicherung ergeben. Das Rentenanpassungsgesetz muß vom Bundestag noch gebilligt werden.

Mehr Investitionshilfe für den Iran

TEHERAN (dpa). Im Abschlusssommuniké der Gespräche von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger mit Schah Reza Pahlawi und dem iranischen Ministerpräsidenten Amir Abbas Howaida haben sich beide Seiten für eine Ausweitung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet ausgesprochen.

Kiesinger sprach dem persischen Volk seine Anteilnahme zu dem schwachen Erdbebenunglück aus. Ministerpräsident Howaida nahm eine Einladung zum Besuch der Bundesrepublik mit Freude an.

Die Gesprächspartner seien sich darüber einig gewesen, heißt es in dem Kommuniké, daß eine stärkere Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft im Iran wünschenswert ist.



VON EINER BEGEISTERTEN MENGE begrüßt wurden der tschechoslowakische Parteiführer Alexander Dubcek (links) und Ministerpräsident Oldrich Cernik (rechts), als sie das Prager Nationaltheater nach einer Abendvorstellung verließen. Cernik war erst wenige Stunden zuvor aus Moskau zurückgekehrt.

Bonn über Europa-Politik besorgt

Bundesaußenminister Brandt zur Bündnispolitik — Expertengespräch vorgeschlagen

BONN (dpa). Bundes-Außenminister Willy Brandt hat gestern den Stillstand in der europäischen Politik angesichts der gegenwärtigen Lage als besorgniserregend bezeichnet.

Wie Staatssekretär Günter Diehl mitteilte, berichtete Brandt vor dem Kabinett über die Europa- und Bündnispolitik sowie über seine jüngsten Gespräche mit dem französischen Außenminister Michel Debré und dem belgischen Außenminister Pierre Harmel. Der Bundes-Außenminister habe dabei

den Willen der Bundesregierung unterstrichen, ungeachtet der bestehenden Schwierigkeiten ihr Bestehen fortzusetzen, diesen Stillstand zu überwinden. Vor allem von der EWG-Ministerratssitzung am 27. September in Brüssel erhoffte sich die Bundesregierung, daß wieder etwas Bewegung in die europäische Politik komme. Dies werde auch das Bestehen der deutschen Delegation auf der Ministerratstagung sein.

Nach Angaben von Diehl teilte Brandt im Kabinett mit, daß nach einem deutschen Vorschlag in Exper-

tengesprächen die Probleme untersucht werden sollen, die auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Verkehrs und der Kohle mit einem Beitritt Großbritanniens verbunden seien. Die Experten sollten Lösungsmöglichkeiten und Anpassungen untersuchen und studieren. Nach deutscher Auffassung sollen diese Expertengespräche in ihrer ersten Phase nur zwischen den EWG-Mitgliedern stattfinden. In einer zweiten Phase könnten dann auch Experten aus den beitragswilligen Ländern hinzugezogen werden.

Diehl wies darauf hin, daß die Expertengespräche schon über die Frage eines Arrangements hinausgehen würden. „Aber gerade deshalb sind es zarte Pflanzen, die sorgsam gehegt werden müssen.“

Wie Diehl weiter mitteilte, hat Brandt vor dem Bundeskabinett auch über den Stand der Arbeiten in der NATO berichtet. Dabei sei festgestellt worden, daß solide Arbeit wichtiger sei als spektakuläre Veranstaltungen. Man könne damit rechnen, daß in relativ kurzer Zeit Klarheit über die endgültige Terminplanung in der NATO bestehen werde. Die Konsultationen darüber seien in vollem Gange. Diehl teilte in diesem Zusammenhang mit, daß in der ersten Oktoberhälfte die nukleare Planungsgruppe der NATO in Bonn tagen werde. Es handle sich dabei um eine Routinekonferenz.

Stewart weist Vorwürfe der Sowjets scharf zurück

Konsularabkommen Großbritannien-Rumänien

BUKAREST (upi). Der britische Außenminister Michael Stewart hat am letzten Tag seines Besuchs in Rumänien sowjetische Vorwürfe, die NATO und insbesondere die Bundesrepublik betrieben eine aggressive Politik gegenüber sozialistischen Ländern, mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Auf einer Pressekonferenz in Bukarest betonte Stewart gestern, sein Land versuche nicht, durch Provokationen Politik zu machen. Auch die anderen NATO-Länder täten dies nicht. Es gäbe in keinem NATO-Land eine ausländische Truppenstationierung ohne Zustimmung des betroffenen Staates.

Stewart antwortete auf die in Fragen „gekleideten Behauptungen eines Korrespondenten der sowjetischen Nachrichtenagentur „Nowosti“ Dem Vorwurf aggressiver Politik der Bundesrepublik gegenüber der DDR begegnete Stewart mit den Worten, es sei die anerkannte Politik der NATO-Länder und damit auch der Bundesrepublik, die politischen Verhältnisse in Ostdeutschland nicht mit Gewalt zu verändern und auch nicht durch Gewalt zu beeinflussen. „Wir wissen nicht, was in der Zukunft in Ostdeutschland geschieht. Es wäre aber besser, wenn man der Bevölkerung dort mehr Freiheit gäbe, ihre Meinung auszudrücken, damit man weiß, was sie wirklich will.“

Auf der Pressekonferenz teilte Stewart mit, daß er und sein rumä-

nischer Kollege Corneliu Manescu gestern ein Konsularabkommen zwischen Großbritannien und Rumänien unterzeichnet hätten. Außerdem wurden der rumänische Ministerpräsident Ion Gheorghe Maurer und Außenminister Manescu zu einem Gegenbesuch nach Großbritannien eingeladen. Ein genaues Datum für diesen Besuch muß man noch festlegen.



IN DER ROTTERDAMER STADTHALLE wurden die Gespräche der EWG-Finanz- und Wirtschaftsminister geführt, an denen einen Tag später — wie ausführlich berichtet — auch die Zentralbankpräsidenten teilnahmen. Unser Bild zeigt von links Staatssekretär Grund, Wirtschaftsminister Schiller und Bundesbankpräsident Blessing.